

# Neue Tischler-Zeitung

Zeitschrift für die Interessen des Tischlergewerbes.

Organ sämtlicher freien Vereine der Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsgenossen, sowie der Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler v. (E. H.)

Redaktion und Expedition: Hamburg-Gimbsbüttel, Bismarckstraße.

Erscheint wöchentlich.  
Abonnementspreis 1 Mk. pro Quartal. Zu beziehen  
durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. Post-  
Nummer: 4117.

Herausgeber: W. Gramm, Hamburg. Verantwortlicher  
Redakteur: A. Müller, Hamburg.  
Inserate werden in der Expedition dieser Zeitung und bei  
G. Jensen & Co. in Hamburg, Paulstr. 36, angenommen.

Inserate für die dreigesparte Petitzeile oder deren  
Raum 25 Pf. bei Wiederholungen Rabatt, für Stellen-  
vermittlung 10 Pf. per Petitzeile. Beilagen nach  
Uebereinkunft.

## Ein Zeichen unserer Zeit.

Mit dem oft gebrauchten Worte: „Ein Zeichen unserer Zeit“, oder „Ein Zeichen der Zeit“ bezeichnet man im gewöhnlichen Leben Dinge und Begebenheiten, welche auf die gegenwärtige Zeitepoche nach irgend einer Richtung ein bestimmtes Schlaglicht werfen, sie in einem gewissen Sinne charakterisiren.

Ein solches Zeichen unserer Zeit ist der vor einiger Zeit schon von rheinisch-westphälischen und schleswig-holsteinischen Eisenbaronen, und ganz jüngst wieder von westpreußischen Krautjunkern geäußerte Gedanke, chinesische Kulis nach Deutschland zu importiren.

Als vor einigen Monaten die Nachricht die Runde durch die Presse mache, daß man sich in Fabrikantentreffen mit dem Gedanken beschäftige, die in Flensburg, Hamburg, Braunschweig usw. streitenden Formen durch chinesische Arbeiter zu ersezten, nahmen wir von dieser Nachricht keine Notiz, jedoch nicht, weil wir unsere Fabrikanten eines solchen Gedankens nicht für fähig gehalten, bewahre, dazu kennen wir diese zu gut, um nicht zu wissen, daß es ihnen ganz einerlei, ob ihre Arbeiter Kinder des europäischen oder des asiatischen „Reichs der Mitte“ sind, wenn sie nur billig arbeiten — nein, wir ignorirten jene Nachricht, weil wir der Überzeugung waren, daß der Gedanke, chinesische Arbeiter nach Deutschland einzuführen, nicht nur für die nächste Zeit, sondern wahrscheinlich für immer ein frommer Wunsch bleiben würde und darum dem Geschwätz der Fabrikantenblätter über die angeblich in der Sache stattgefundenen Erörterungen und Erwägungen keinen Werth beimaßen. Wir konnten absolut nicht daran glauben, daß Deutschland von der Gefahr bedroht sei, durch chinesische zweibeinige Arbeitsthiere überschwemmt zu werden. Auch heute will uns noch nicht in den Sinn, daß diese Gefahr wirklich vorhanden, weil wir sie nicht zusammen zu reinen vermögen mit der so übergroßen Liebe und Fürsorge, welche angeblich unsere Reichsregierung für die deutschen Arbeiter besetzt.

Wenn wir uns nun heute trotzdem mit der Sache beschäftigen, so geschieht es, weil wir der neuesten Kündgebung über den Import chinesischer Kulis nach Deutschland doch etwas mehr Bedeutung beilegen müssen. Wir betonen jedoch nochmals, nicht in dem Sinne, daß wir darin wirklich eine unmittelbare Gefahr der Überschwemmung Deutschlands durch die bezopften, schlängeligen Söhne des „himmlischen Reiches“ erblicken, sondern in dem Sinne der obigen Überschrift, als ein Zeichen der Zeit.

Nach dem Bericht eines konservativen Graudener Blattes war vor Kurzem der „Centralverein westpreußischer Landwirthe“ zu einer Generalversammlung versammelt. Bei dieser Gelegenheit gab der Vorsitzende desselben, Herr v. Puttkamer-Plauth, Bruder des Ministers gleichen Namens und traurigen Andenkens, außer einigen interessanter Mitteilungen über die stattgehabten Polenausweisungen, bekannt, er habe vom Danziger Regierungspräsidenten ein Schreiben bekommen, worin angefragt werde, wie der Centralverein der Landwirthe über die Einführung chinesischer Arbeiter nach Westpreußen denke.

Zunächst sei hierzu bemerkt, daß das betreffende Graudener Blatt nichts Unwahres berichtet zu haben scheint, weil seine Angaben von seiner Seite dementirt worden sind, auch bezüglich des Regierungspräsidenten nicht.

Wenn man etwas Derartiges, wie die hier wiedergegebene von Puttkamer-Plauth'sche Mitteilung liest, so möchte man auf den ersten Blick hin erschrecken, man möchte glauben, es hätten tatsächlich im Schoße der Regierung Erwägungen über die Chineseneinfuhr stattgefunden. Wir glauben dies nicht, weil wir nicht glauben, daß der Danziger Regierungspräsident mit seiner bezüglichen Anfrage im Auftrage der Regierung gehandelt hat. Wir kennen diesen Beamten nicht, und da sein Name in der obigen Mitteilung auch nicht genannt ist, so wissen wir auch nicht, ob derselbe nur ein gewöhnlicher Mensch oder einer von den „Edelsten der Nation“ ist. Wir glauben aber mit gutem Grund das Letztere annehmen zu können, da ja bekanntlich in Preußen-Deutschland nur sehr seltenemand ein Amt wie das eines Regierungspräsidenten erlangt, welcher vor seinen Namen nicht ein v. stehen und seinen Stammbaum mindestens bis zur Zeit des Raubritterthums zurückführen kann. Und ist das bei dem hier in Rede stehenden Regierungspräsidenten der Fall, dann dürfte er zweifellos neben seiner Eigenschaft als Staatsbeamter auch zugleich noch die eines west- oder ostpreußischen, pommerschen oder schlesischen Großgrundbesitzers besitzen. Und in dieser Eigenschaft als schlesischer oder pommerscher, ost- oder westpreußischer Junker wird er an seinen Genossen Puttkamer betreffs chinesischer Arbeiter geschrieben haben, denn als solcher Junker hat er unter der verhaften „Sachsenangerei“ mit zu leiden.“

Und so wird es sein.

Der Gedanke, daß die preußische Regierung um vielleicht der „notleidenden Landwirthe“

auf die Weine zu helfen, an Einführung chinesischer Arbeiter denken, oder auch nur eine solche etwa von privater Seite beabsichtigte Einführung jemals zulassen sollte, dieser Gedanke ist uns ganz unfaßbar.

Für die deutsche, wie für die ganze europäische Kultur könnte nichts so schlimme Folgen haben, wie eine Chineseneinfuhr chinesischer Arbeiter. Amerika, in seiner urwüchsigen Konstitution, war im Stande, die Einwanderung des Verbrecher- und Lumpengesindels der ganzen Welt mehrere Menschenalter hindurch zu ertragen und ist noch heute im Stande, das bunte Völkergemisch, Menschen aller Nationen und Rassen, bei sich aufzunehmen, nur die Chinesen nicht. Die Gesetzgebung der Vereinigten Staaten hat sich schon vor einigen Jahren genötigt gesehen, strenge Maßregeln gegen die weitere Einwanderung chinesischer Arbeiter zu ergreifen. Desgleichen auch im vorigen Jahre Australien. Die Gründe sind bei beiden dieselben. In Amerika wie in Australien sind die einheimischen Arbeiter nicht im Stande, mit den chinesischen zu konkurrieren, namentlich nicht bei Arbeiten, wo keine besondere Intelligenz und Geschicklichkeit erforderlich ist. Auf der tiefsten Stufe stehend, ohne jede Ansprüche an körperliche und geistige Genüsse, sind diese chinesischen Arbeiter mit einem Lohn zufrieden, bei dem kein Arbeiter einer zivilisierten Nation bestehen kann. Daher wird in jedem zivilisierten Lande die Einführung chinesischer Arbeiter zur Folge haben, daß die Lebenshaltung der einheimischen ungeheuer herabgedrückt wird, wovon wieder die Folge sein muß, daß die Mehrheit des Volkes körperlich und geistig verschlägt, Gewerbe und Handel stocken wird, weil Käufer und Konsumenten fehlen, und somit nicht nur die allgemeine Kultur in ihrer Entwicklung gehemmt, sondern direkt zurück zu Grunde gehen muß.

Zu einem solchen frevelhaften, wahnwitzigen Spiel mit den Interessen und der Zukunft des deutschen Volkes halten wir denn doch keine deutsche Regierung fähig. Und darum sagten wir oben, der betreffende Regierungspräsident wird nur als Privatmann, als Junker gehandelt haben, als er sich bei anderen Junkern erkundigte, wie sie über den Kulüimport nach Westpreußen denken.

Dass dieser Regierungsbeamte nicht allen Ernstes an einen solchen Import gedacht, vielmehr etwa nur die westpreußischen Arbeiter habe schrecken und von ihrem „Sachsengehen“ abhalten wollen, das wollen wir durchaus nicht behaupten.

Es ist Thatfache, daß die meisten der Junker

und „Edelsten“ sich noch immer nicht mit dem Gedanken der Gleichberechtigung vertraut gemacht haben und nicht vertraut machen können. Sie meinen, ohne Herren und Knechte, Freie und Unfreie, könne die Welt nicht bestehen. Nannte doch erst dieser Tage, gelegentlich der Wiederkehr des 18. März, das hervorragendste Organ des preußischen Junkerthums, die „Kreuzzeitung“, das Jahr 1848, welches die „Herren“ und „Knechte“, die „Freien“ und „Unfreien“, wenigstens im Prinzip, wenn auch noch nicht tatsächlich, besetzte, „die Zeit der Schande“. Die Stellung, welche das Junkerthum heute im Staate einnimmt, das fast ausschließliche Vorrecht auf die bestbezahlten Staatsämter genügt ihm nicht, die idyllischen Zustände vor 1848 mit ihrer „alten guten Zucht und Sitte“, zu der bekanntlich auch „das Recht der ersten Nacht“ gehörte, wird wieder herbeigewünscht.

In Bezug auf das tatsächliche (nicht rechtliche) Verhältniß zwischen den junkerlichen Gutsbesitzern der oben genannten Gegenden und ihren Arbeitern hatte sich bis in die neueste Zeit wenig geändert. Die letzteren waren von Ersteren noch genau so abhängig und an die Scholle gefesselt, als wenn sie noch Hörige wären, auch den Lohn und die sonstigen Arbeitsbedingungen bestimmte der Guts herr nach Gutdünken. An Arbeitskräften war kein Mangel und wer nicht nach jeder Richtung Knecht sein wollte, der mochte zu sehen, wo er es nicht zu sein brauchte.

Seit einigen Jahren haben sich aber die Verhältnisse ein wenig zu Ungunsten der Herren von Jherwitz und Räbenbüchelstein geändert. Alljährlich ziehen jetzt im Frühjahr Tausende von Arbeitern aus dem östlichen Deutschland nach dem mittleren und westlichen, wo durch die Entwicklung der Industrie und nicht zum Mindesten durch die Arbeiterbewegung die Löhne und Arbeitsverhältnisse dem Arbeiter günstiger sind. Dadurch entsteht natürlich im Osten, namentlich zur Zeit der Ernte, Mangel an Arbeitskräften und die Herren von Jherwitz und Räbenbüchelstein müssen ein wenig tiefer in die Taizze greifen, ja womöglich gar sich gefallen lassen, daß die Arbeiter bestimmte Forderungen stellen, und wenn diese nicht bewilligt werden, die Arbeit liegen lassen.

Das ist natürlich zu arg. Wir kann der Arbeiterlebs einem „Edelsten“ mit 24 oder gar 36 „Ahnen“ gegenüber auch Rechte haben wollen? Da sich aber an der Sache, wenigstens vor der Hand, nichts ändern und der kleine Lichtstrahl sich nicht verbannen läßt, der allmälig auch die Schädel der west- und ostpreußischen, der pommerschen und thüringischen Tagelöhner und Bauern erhellt, wie er es desgleichen auch bei den böhmischen, polnischen und italienischen Arbeitern thut, so bleibt eben keine andere Wahl, als der Kuli, dieser trefft nicht, fordert nicht.

Na, vorläufig und die für Westpreußen erwünschten dinemischen Arbeiter noch in China und werden auch vorläufig noch dort bleiben. Das es aber gewagt wird von Junkern und Fabrikanten, dat Kuli direkt überhaupt nur angreifen und öffentlich zu diskutieren, das ist ein Zeichen von deren Arbeiterfeindlichkeit, das ist ein Zeichen, wozu die Habucht Einzelner fähig, das ist ein Zeichen, wohin die heutige Realität neuert. Mit einem Wort: Ein Zeichen unserer Zeit.

#### Künstliches Alter des Holzes.

Diese geschilderte Realität, geniale Hypothese oder auch glücklicher Fall ist mit der Mutter Natur schon ein zweck. Schießt gescheinen. Besonders hat man es durchwegs gegen die, die sich selbst überlassen, lange Zeit in Europa gehabt werden, im „abgefürsteten Reich“ verhältnismäßig schnell zu Stande gebracht. Da nun doch festgestellt ist, daß das Holzthum von Bremen und Grönau ganz nach Belieben bestellbarer oder verhängnis zu waren! Einzelnes liegt auch dem folgenden Bericht zu Grunde. Nun weiß zweitens, wie hoch „alte Geige“ gekostet werden, besonders sie, welche aus den Werkstätten der Amati, Stradivarius, Stainer usw. hervorgegangen sind, oder die schon irgend ein berühmter Künstler längere Zeit

gespielt hat. Es ist fast wie ein Stück Musikeroberglaubens, daß in solchem Instrumente eine gefühlvolle Seele sitzt, die ihre Lust und ihr Leid in schmelzenden Alfordern ausdringen läßt. Kein Überglauben ist es natürlich, daß solche Instrumente einen volleren, weicherem, edleren Ton besitzen und infolgedessen auch bedeutend höher werthen als ein leidliches Instrument, das in unseren Tagen erst gebaut ist. Man hat sich bekanntlich schon lange den Kopf zerbrochen, durch welches Verfahren die Güte dieser alten Instrumente erzielt wurde; um es nachzuahmen oder durch Zufall auf die Spur des Rechten zu kommen, hat man die Hölzer vergraben, sie in Luft und Wind, ja in den Rauchfang gehängt und Schreiber dieser Zeiten erinnert sich mancher hübschen Musikerinventar, die das „Geheimniß der Amati“ zur Unterlage hat. Wie es scheint, ist die Lösung des alten Rätsels leichter, als man je zu hoffen gewagt. Im Großen und Ganzen ist die Güte der alten Instrumente lediglich ein Produkt der Zeit, und da man heutzutage weniger als je zum Warten ausgelegt ist, läme es nur darauf an, auch in diesem Falle das, was Natur in einem „Jahrhundert“ leistet, durch menschlichen Schaffsinn in Tagen fertig zu bringen. Nachdem die Wissenschaft herausgefunden hat, daß es nur nötig ist, die Faser des zu verwendenden Holzes nach Möglichkeit auszutrocknen und sie von allen harzigen, öligem und sonstigen Bestandtheilen zu befreien, um ihnen die höchste Fähigkeit des Mitschwingens, d. h. der „Resonanz“ zu verleihen, hat die Technik diese Aufgabe auch bereits gelöst, und zwar mit Hilfe des „ozonierten Sauerstoffs“. Das bezügliche Verfahren ist in der That nichts Anderes, als ein künstlicher Alterungsprozeß. Die gewähltesten Holzbreiter werden so, daß sie sich nicht berühren, und die Gase ihre gesamte Oberfläche frei umspielen können, in einem großen eisernen Kessel gelegt und zwölf Stunden lang der Einwirkung heißer, trockner Luft ausgesetzt. Diese Prozedere hat den Zweck, den letzten Rest von Feuchtigkeit aus dem Holze zu entfernen. Der Kessel wird nun mehr geschlossen und nochmals durch die darunter befindliche Fäuerungsanlage erwärmt, die Luft ausgepumpt und durch Sauerstoff ersetzt, der durch elektrische Funken ozoniert wird. Es sind zu dem Zwecke zwei Drähte durch Glaskröpfchen in den Kessel geleitet. Dieselben endigen in zwei Platinspitzen, zwischen welchen in ununterbrochener Folge die elektrischen Funken überspringen. Der aufzorst kräftigen Wirkung des Ozons gelingt es, in einem halben oder ganzen Tag (12 bis 24 Stunden) die Arbeit zu verrichten, zu welcher die Natur ein Jahrhundert braucht, nämlich die harzigen, öligen und sonstigen hindernden Bestandtheile aus den Zwischenräumen der Holzfasern zu entfernen. Ein Professor Luppi hat vor Jahren die ersten Versuche hierüber ange stellt, bis neuerdings durch René in Stettin das Verfahren vervollkommen worden ist; derselbe hat sich ein Reichspatent darauf geben lassen und die Art des Prozesses bekannt gemacht. Das Verfahren findet vorzugsweise für den Bau von Saiteninstrumenten und Klavieren Verwendung, wo der im schönen, vollen Ton zum Ausdruck kommende günstige Erfolg besonders gerühmt wird. Doch rechtfertigt man gegenwärtig mit Hilfe des Ozons auch Spicinus, ja man macht sogar Versuche, mit seiner Hälfte Leder zu gerben. So kommen wir immer weiter in dem Bestreben, der Natur ihre Kunstgriffe abzugeben und diese Lehrmeisterin zu übertriften.

Pr. Holzgig

#### Bvereine und Versammlungen.

Delmenhorst. Wie den Kollegen wohl bekannt ist, sind wir hier in eine Lohnbewegung getreten und haben bereits unseren Arbeitgebern am Dienstag, den 12. März, folgende Forderungen unterbreitet: 1. Abschaffung von Stoß und Logis beim Arbeitgeber; 2. statt der elfstündigen eine zehnstündige Arbeitszeit; 3. einen Minimallohn von 27½,- pro Stunde; 4. für Überstunden 35,- Ausk. am 17. März mit den Arbeitgebern stattgefundenen Unterredung ging hervor, daß dieselben verschworene Entwicklungen gegen unseren Lohntarif zu machen hatten, wir also mit unseren Forderungen auf Widerstand stoßen, während andererseits die öffentliche Meinung auf unserer Seite ist. Die Arbeitgeber wollen jedoch noch eine Zusammenkunft mit uns abhalten, von der ein Vertrag es wohl abhängig sein wird, ob die Sache in Güte zu regeln oder eine Arbeitseinstellung erforderlich sein wird. Wir sind auf Alles gerüstet und gewillt, unsere Forderungen mit aller Energie zur Geltung zu bringen. Die Verhältnisse liegen uns günstig, indem Arbeit wahrenhaft vorhanden ist. Darum, Kollegen allerorts, künstlichlich Ihr Bremser und Oldenberger, halstet Ihr das Zeug fern und lasst uns nicht im Stich, dann ist der Sieg uns sicher. Die Forderungen treten mit dem 1. April in Kraft. Einige Korrespondenzen sind zu richten an Otto Meyer, Bahnhofstraße 20

Bremen. Einige Mitteilungen aus dem Jahresberichte des bremischen Fabrikinspektors dürfen wohl auch die außwärtigen Kollegen interessieren. Während 1879 die Zahl der in hiesigen Fabriken und gewerblichen Anlagen beschäftigten Arbeiter rund 5200, die Pferdekräfte der Dampf- und Gasmaschinen 244 und die Quadratmeter-Haftfläche der Dampfkessel 4246 betrug, ist im Jahre 1888 die Zahl der Arbeiter auf 8841, die Maschinenkraft auf 6464 und die Haftfläche auf 444 Quadratmeter gestiegen. Es hat demnach eine Zunahme der Beschäftigten um ca. 70 p. 100, der Pferdekräfte um 127 p. 100 und der Haftfläche um 121 p. 100 stattgefunden. Eigentlich wird die Zunahme der Kontoren in den älteren gewerblichen Anlagen insofern

bezeichnet, als dadurch „die anstrengende menschliche Kraft und Arbeit, welche im Drehen von Schwungrädern usw. überhaupt in der Anwendung „rober“ menschlicher Kraft eingeschränkt ist, und die Inhaber konkurrenzfähiger werden“ Betriffen ausführter Kontrolle in Fabriken usw. schreibt der Herr Inspektor: „Wie bisher, haben die Ortspolizeibehörden sämtliche Fabriken und gewerbliche Anlagen zweimal im vorigen Jahre revidirt und wegen Ordnungswidrigkeiten sieben Gewerbetreibenden Strafverfügungen zugeschickt. Wo meinesseits Übertretungen der Vorschriften der Gewerbeordnung gefunden wurden, ist auf Abstellung der betreffenden gebunden und durch wiedeholte Revisionen die Beachtung der Bestimmung herbeigeführt worden. Anzeigen sind unterlassen, weil die daraus eventuell sich ergebenden Gerichtsverhandlungen zur Förderung guter Beziehung zwischen Arbeitgebern und Fabrikinspektor nicht beitragen.“ Über die Arbeits einstellung der Holzarbeiter wird folgendes geschrieben: „Außer der Einstellung der Arbeit des Schiffszimmers, fanden auch die in der Gruppe XI (Holz- und Schnitzstoffindustrie) Beschäftigten sich veranlaßt, die Thätigkeit einzustellen. Grund dazu gaben die durch die Geschäftsstille in den vorhergehenden Jahren hervorgerufenen gedrückten Löhne. Die Forderung bestand in einem Minimallohn von M. 18 wöchentlich bei 9½ Stunden täglicher Arbeitszeit, 15 p. 100 Zuschlag für Dienstigen, welche M. 18 und darüber bereits verdienten. Für jede Überstunde in der Woche 40,- und Sonntags 50,- pro Stunde; bei Akordarbeiten Garantie des Minimallohnes. Diese za. vier Wochen andauernde Enthaltung von der Arbeit endigte im Großen und Ganzen mit der Bewilligung der Forderungen, da die Arbeiter gerade die dringendste Zeit benutzten zur Durchsetzung ihrer Bedingungen.“ Nachdem dann der Tischlerei eine längere Behandlung zu Thil geworden, kommt die Arbeiterwohnungsnot an die Reihe. Als einen Beweis des Vertrauens seitens der Arbeiter findet der Herr Inspektor es an, daß die obdachlosen Familienväter sich von ihm Hilfe erbitten hätten. Es habe dies schließlich dazu geführt, daß die einer Seehandelsstadt nur würdige That geschehen, daß von einem schnell ge gründeten „gemeinnützigen Bauverein“ schleunig 52 Holzhäuser, sog. Baracken, gebaut wurden. Hauptsächlich dürfte man bald ein Niedergehen der Preise der Wohnungen erwarten, denn momentan ständen die Ausgaben in keinem Verhältniß zur Einnahme d. r. Arbeiter und wären auf die Dauer ohne Schädigung der moralischen wie körperlichen Gesundheit nicht zu tragen, umso weniger, als durch den Zollanschluß der Lebensunterhalt noch weit vertheuerlt sei und eine Erhöhung der Löhne nicht oder nicht im Verhältniß stattgefunden habe. Mit diesen Ausführungen wird der Herr Fabrikinspektor bei seinem Bremer Arbeiter Widerspruch finden. Dieselben werden sich vielmehr hierauf befreuen; ist dies doch sozusagen eine amtliche Erklärung, ähnlich wie diejenige der Erhöhung der preußischen Kronostation. Mit Beginn des Frühjahrs rüsten sich denn auch schon die verschiedenen Gewerkschaften zum Lohnkampf. Die Wagneläder, Maurer, Dachdecker, Tischler usw. werden folgen, und wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird der Lohnkampf günstig ausfallen. W. B.

Leipzig. Endlich sind wir in der Lage, auch etwas aus dem gemütlichen Sachsen zu melden. Am 15. Januar fand eine öffentliche Tischlerversammlung zur Entgegnung des Berichtes des Kongresb. Delegirten statt, die sehr gut besucht war. Sämtliche Redner erklären sich mit den Beschlüssen des Kongresses einverstanden. Von verschiedenen Seiten wurde die billige Arbeit der Eisenburger Tischler kritisiert, die hauptsächlich einen Druck auf Leipzig ausübt. Um diesen Zuständen abzuheben, würte vorgeschlagen, Ausflüge nach Eisenburg zu machen, zu dem Zweck, die Kollegen Eisenburgs zu festem Zusammenschluß anzuregen, was von den hiesigen Kollegen akzeptirt wurde und bei nächster Gelegenheit ausgeführt wird. Zum Schlus forderte der Delegirte zur Agitation auf, eventuell zur Gründung eines Lokalvereins, da wir Sachen nun einmal dem Verband nicht angehören dürfen. Sämtliche anwesende Kollegen erklärt sich damit einverstanden, und wurden einige beauftragt, der Frage näher zu treten. — In Verfolg dieser Sache fand am 19. Februar eine Tischlerversammlung statt mit der Tagesordnung: Konstituierung eines Vereins zur Wahrung der Interessen der Tischler Leipzigs und Umgebung. Sämtliche Redner sprachen sich für die Notwendigkeit eines Vereins der Tischler Leipzig aus, worauf zur Be ratung der Statuten geschritten wurde und mit kleinen Abänderungen der vorgelegte Entwurf zur Annahme gelangte. Hierauf erfolgte die Voistandswahl und damit war ein Verein zur Wahrung der Interessen der Tischler Leipzig und Umgegend in's Leben gerufen. Leider war diesem nur ein kurzes Dasein beschieden, denn einige Tage nach Einreichung des Status erhielt der Vorsitzende den Bescheid, daß der gegründete Verein nach § 6 Absatz 3 des Sozialistengesetzes verboten sei, indem er als Fortsetzung des am 11. Mai 1886 aufgelösten Fachvereins

\*) Diesem Herrn Fabrikinspektor scheint ja recht viel an der Freundschaft der Fabrikanten zu liegen. Nun, jedenfalls nicht in seinem eigenen Interesse, sondern in dem der von ihm vertretenen Sache. Wir sind aber der Meinung, daß diese Sache entschieden besser fährt, wenn jene Freundschaft nicht gar zu fauldig ist. Auch befürchten wir, daß durch solche „gute Beziehungen“ der betreffende Amtschäftsbemant ganz unnötigerweise leicht in schlimmen Verdacht kommen kann.

Anmel. d. Red. d. „R. Tischl.-Btg.“



